

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1890**

8.3.1890 (No. 66)

# Karlsruher Zeitung.

Samstag, 8. März.

N. 66.

Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Vorauszabluna: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. 1890. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

## Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 1. d. M. gnädigst bewogen gefunden, die nachgenannten Hofjunker zu Kammerjunkten zu ernennen:  
den Oberamtsrichter Dr. Karl Freiherrn von Rüpplin in Radolfzell,  
den Freiherrn Lambert Wilhelm von Babo in Baden-Baden,  
den Freiherrn Christian von Berckheim ebendasselbst,  
den Amtsrichter Wilhelm Freiherrn Marschall von Bieberstein in Emmendingen, 3. St. beim Landgericht Karlsruhe,  
den Oberamtmann Hans Freiherrn von Krafft-Ebing in Waldkirch und  
den Freiherrn Franz von Neveu, Grundherren zu Tiefenbach, Rain und Biengen.

## Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 7. März.

Wiener Blätter berichten von einer in Pest ausgebrochenen Kabinettskrisis, die möglicher Weise den Rücktritt Tisza's und eine Neubildung des ungarischen Ministeriums herbeiführen könnte. Natürlich hat diese Krisis mit den künftigen Angriffen der Opposition gegen Herrn v. Tisza nichts zu thun; noch vor wenigen Tagen, am 1. März, bei der Abstimmung über das Budget, das heißt bei der Entscheidung über die Vertrauensfrage, ist der Beweis dafür geliefert worden, daß Tisza noch niemals über eine so große Mehrheit im ungarischen Abgeordnetenhaus verfügte, wie jetzt, wo die Opposition heftiger als je seinen Rücktritt verlangt. Wenn eine Krisis entstehen konnte, so mußte sie ihre Ursache in Meinungsverschiedenheiten zwischen den Kabinettsmitgliedern haben, und von solchen Meinungsverschiedenheiten, nämlich über das in der Vorbereitung befindliche Jucolatgesetz, handeln denn auch die Meldungen der Wiener Blätter. Ein gestern in Pest unter dem Vorsitz des Kaisers abgehaltener Ministerrath ist ohne Ergebnis geblieben, da Tisza auf seinem Standpunkte beharrte. Der „Neuen Freien Presse“ zufolge lagen zwei von einander abweichende Entwürfe für das Jucolatgesetz vor, einer von Tisza, der andere von dem Justizminister Szilagyi herrührend, und die anderen Minister stellten sich auf die Seite des Justizministers. Das genannte Blatt meldet, für den Fall, daß Tisza's Entwurf abgelehnt werden wird, spreche man von Szapary (dem jetzigen Ackerbauminister) als Nachfolger Tisza's; die (alte) Presse erwähnt dagegen die Möglichkeit eines Kabinetts mit dem Grafen Albin Czaky, dem jetzigen Minister für Kultus und Unterricht an der Spitze. Im Falle Czaky die Bildung eines neuen Ministeriums übernehme, würde ein Theil der gemäßigten Opposition in die liberale Partei eintreten. Diese Erwägungen über eine Neubildung des Ministeriums eilen aber wohl den Thatsachen voran; einstweilen ist die Aussicht auf eine Verständigung und auf das Verbleiben Tisza's im Amte noch nicht geschwunden. Zum Rücktritt Tisza's wird es wohl nur dann kommen, wenn der Ministerpräsident seines Amtes müde ist und, da er sich nicht den Anschein geben kann, als wiche er vor der Opposition im Abgeordnetenhaus zurück, eine Meinungsverschiedenheit mit seinen Kollegen benutzt, um die Bürde der Geschäfte von seinen Schultern zu wälzen.

Die gestrige Sitzung der französischen Deputirtenkammer, in welcher die Interpellation des Boulangeristen Laur wegen der Theilnahme Frankreichs an der Berliner Konferenz zur Verhandlung kam, ist auf eine Erörterung der Konferenzangelegenheit beschränkt geblieben. Laur's Parteigenosse Millevoye machte zwar den Versuch, eine Diskussion über die allgemeine auswärtige Politik der Regierung herbeizuführen, aber dieser Versuch scheiterte daran, daß die Kammer den Schluß der Debatte genehmigte. Ein Votum der Kammermehrheit über die Haltung der Regierung in der Konferenzfrage umging der Minister Spuller, indem er im Gegensatz zu den von verschiedenen Seiten eingegangenen motivirten Tagesordnungen um die einfache Tagesordnung bat, zu welcher das Haus denn auch mit 480 gegen 4 Stimmen überging. Die Erklärungen Spuller's scheinen befriedigt zu haben, sie wurden öfters mit Beifall begleitet; auch waren sie so sachlicher Art, daß sie überzeugend wirken mußten, und durchaus geeignet, den kleinlichen und erkünstelten Bedenklichkeiten, welche der boulangistische Redner vorzubringen hatte, den Boden zu entziehen. Der Vortheil, den die Boulangeristen mit einer Interpellation gehabt haben, besteht darin, daß sie eine Gelegenheit fanden, sich

als besonders sorgsame Hüter der Freundschaft Frankreichs mit Rußland aufzuspielen. Diese Freundschaft ist ganz gewiß durch die Zusage Frankreichs, an der Berliner Konferenz theilzunehmen, nicht im mindesten bedroht worden; im übrigen wird man in Petersburg wohl die eigenmüthige Absicht, in welcher die Boulangeristen sich so zärtlich um die Pflege guter Beziehungen zu Rußland bemüht zeigen, ohne Schwierigkeit erkennen.

So unerfreulich den französischen Politikern auch der Gedanke an einen Kolonialkrieg ist, so muß doch die Nothwendigkeit eines kriegerischen Vorgehens gegen den neuen König von Dahomey in's Auge gefaßt werden. Der Schauplatz dieses Vorgehens wäre ein Land, das an das deutsche Togo-Gebiet grenzt. Wenn schon der am 30. Dezember v. J. verstorbene König Dschelele in der letzten Zeit sich wenig freundschaftlich gegen Frankreich zeigte und insbesondere den Vertrag, durch welchen er Kotonu an Frankreich abgetreten hatte, mißachtete, so haben die Beziehungen zwischen Dahomey und Frankreich durch die Thronbesteigung des neuen Königs, Bedazin, sich durchaus nicht verbessert. Um sich gegen Uebergriffe der Dahomier auf das französische Schutzgebiet zu sichern, haben die Franzosen Verstärkungen nach Kotonu geschickt, und daß diese Maßregel nicht überflüssig gewesen ist, beweist die jetzt vorliegende Nachricht, wonach zwischen den Franzosen und den Dahomiern ein blutiges Gefecht stattgefunden hat, in welchem die ersteren acht Tode und viele Verwundete verloren. Wenn ein König von Dahomey stirbt, so werden nach dortigem barbarischen Brauch hundert Gefangene niedergemetzelt, die bei den letzten Kriegszügen eingebracht worden sind und dem verstorbenen Herrscher im Jenseits als Ehrengarde dienen sollen, und man befürchtet sehr, daß hauptsächlich diese in das französische Schutzgebiet die Opfer zu dieser ungeheuren Menschenhekatombe liefern sollen. Die regelmäßigen Truppen, die in Kotonu vereinigt sind, belaufen sich auf etwa 600 Mann. Neue Verstärkungen dürften gefordert werden. Diese aber, sagt der „Temps“, muß das Parlament bewilligen. „Die Kammern allein können die Mittel gewähren, um eine Aktion zu beginnen, die nicht durch das verkehrte System der brockenweisen Bewilligungen von vornherein geklämt und beeinträchtigt wird. Ein Kammervotum muß das strategische Objekt bezeichnen, das ins Auge gefaßt werden kann.“ Den französischen Kammern ist damit eine neue Aufgabe gestellt, deren Tragweite nicht verkannt werden wird, wenn man sich erinnert, welche Rolle der Name „Tonkin“ in der jüngsten Geschichte Frankreichs gespielt hat.

## Der Kaiser beim Brandenburgischen Provinziallandtag.

Seine Majestät der Kaiser wohnte gestern, wie schon kurz berichtet, dem vom Brandenburgischen Provinziallandtage veranstalteten Essen im Kaiserhof bei. Die „Nationalzeitung“ berichtet über das Diner: „Durch die Ehrfurchtsvoll grüßende Menge hindurch begab sich der Kaiser, der die kleine Generalsuniform trug, zu den großen Empfangsäulen des Hotels Kaiserhof empor. Hier waren bereits die Herren des Brandenburgischen Provinziallandtages, dessen Vorstand den Kaiser am Portal feierlich begrüßt hatte, zum Empfange versammelt. Hinter der hufeisenförmig für 106 Gäste berechneten Tafel, an deren Haupt der Kaiser nunmehr Platz nahm, war ein dunkler Vorberlein aufgestellt, aus dessen Grün die über Lebensgröße ausgeführte Büste des Kaisers herauschaute. Der Kaiser, der sich sichtlich in angenehmer Stimmung unterhielt, sah zwischen dem Staatsminister von Achenbach und Rittergutsbesitzer von Bornstedt; dem Monarchen gegenüber hatten der Oberbürgermeister v. Kemnitz, Major a. D. Domherr v. Rogow, Präses des Brandenburgischen Provinziallandtages, der Rittergutsbesitzer v. Benda und der Landesdirektor v. Ledebow Platz genommen. Beim dritten Gange erhob sich der Staatsminister v. Achenbach und hieß den Kaiser willkommen, ausführend, wie Brandenburg stets treu und fest zum angestammten Herrscherhause gestanden habe. Begeistert stimmte die Versammlung in den dreimaligen Hochruf auf den Kaiser ein.“ Seine Majestät der Kaiser erwiderte diesen Trinkspruch mit einer längeren Ansprache, über deren Inhalt wir gestern zunächst nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ berichtet haben. Der „Reichsanzeiger“ theilt nun den authentischen Text der Rede Seiner Majestät mit. Danach sagte der Kaiser:

„Zunächst spreche ich Ihnen, meine Herren, meinen Dank dafür aus, daß Sie den Wunsch gehabt haben, mich heute Abend in Ihrer Mitte zu sehen. Es sind drei Jahre verfloßen, seit ich — abgesehen von dem kurzen Besuche im Landhause am Schlusse Ihrer vorjährigen Sitzungen — mit meinen Brandenburgern zusammengekommen bin. In diesen drei Jahren hat sich manches ereignet, was mein Haus und mit meinem Hause die Mark Branden-

burg betroffen hat. Das oft bewunderte und für die Ausländer unverständliche innige Zusammenhalten der Hohenzollern mit Brandenburg beruht vor Allem darauf, daß im Gegensatz zu andern Staaten es den Brandenburgern vergönnt gewesen ist, im schwersten Unglück ihre Treue dem Hohenzollernhause bewahren und beweisen zu können. Lassen Sie mich an meine Vorfahren erinnern, unter ihnen vor allem an den Großen Kurfürsten, von dem ich immer gern, besonders zu Ihnen, spreche, da man ihn schon bei seinen Lebzeiten den Großen Brandenburger nannte; an Friedrich den Großen. Sie Beide haben es jederzeit als ihre erste Pflicht erkannt, das Land, welches sie einst mit ihrer — wie man sagt — schöner Heimath in Süddeutschland vertauscht hatten, nicht zu ihrem Vortheil zu nutzen, sondern ihre Interessen ganz mit denen ihres neuen Vaterlandes zu verschmelzen und als ihre höchste Aufgabe zu betrachten, rastlos für das Wohl desselben thätig zu sein. Bei meinen Reisen, von denen Ihr Herr Vorsitzender sprach, habe ich nicht allein den Zweck verfolgt, fremde Länder und Staatseinrichtungen kennen zu lernen und mit den Herrschern benachbarter Reiche freundschaftliche Beziehungen zu pflegen, sondern diese Reisen, die ja vielfach Mißverständnisse ausgelegt waren, haben für mich den hohen Werth gehabt, daß ich entrückt dem Parteitriebe des Tages die heimischen Verhältnisse aus der Ferne beobachten und in Ruhe einer Prüfung unterziehen konnte. Wer jemals einsam auf hoher See, auf der Schiffbrücke stehend, nur Gottes Sternenhimmel über sich, Einkehr in sich selbst gehalten hat, der wird den Werth einer solchen Fahrt nicht verkennen. Manchem von meinen Landsleuten möchte ich wünschen, solche Stunden zu erleben, in denen der Mensch sich Rechenschaft ablegen kann über das, was er erstrebt und was er geleistet hat. Da kann man geholt werden von Selbstüberschätzungen, und das thut uns allen noth. In meinem Zimmer hängt ein Bild, das lange in Vergessenheit gerathen war; es zeigt eine Reihe stolzer Schiffe, den rothen Adler Brandenburgs in der Flagge; dieses Bild erinnert mich täglich daran, wie schon der Große Kurfürst die richtige Erkenntniß dafür gehabt hat, daß Brandenburg zur Verwerthung seines Fleißes und seiner Arbeitskraft eine Stellung im Weltmarkt sich erobern müsse. Groß sind die Fortschritte gewesen, die seit jener Zeit Preußens und Deutschlands Gewerbe und Handel aufzuweisen hat, besonders unter der Regierung meines Herrn Großvaters. Das weitere Aufblühen unserer wirtschaftlichen Thätigkeit zu fördern, erachte ich für eine meiner vornehmsten Aufgaben; ich habe deshalb, nachdem meine Thätigkeit zunächst der Sicherung der Ruhe nach außen golteten, meinen Blick nach innen gerichtet. Die Ziele, die mein hochseliger Herr Großvater in seiner Vortrefflichkeit aufgestellt hat, habe ich mir angeeignet. In seinen Fußstapfen fortschreitend, ist es meine vornehmste Sorge gewesen, mich eingehender um das Wohl der unteren Klassen meiner Unterthanen zu bekümmern. Die Erfolge der Beratungen des Staatsraths, welche hoffentlich bald in gesetzlicher Form für unser Vaterland nutzbringend wirken werden, verdanke ich nicht zum mindesten der treuen und aufopfernden Mithilfe brandenburgischer Männer. Die von mir vorher berührten Gesichtspunkte, nach welchen meine Vorfahren und die Familie der Hohenzollern überhaupt ihre Stellung zu Brandenburg aufsaßen, war im höchsten Maße in meinem hochseligen Großvater verkörpert. Derselbe betrachtete seine Stellung als eine ihm von Gott gesetzte Aufgabe, der er sich mit Daransetzung aller Kräfte bis zum letzten Augenblick widmete. So wie er dachte, denke auch ich und sehe in dem mir überkommenen Volke und Lande ein von Gott mir anvertrautes Pfland, welches — wie schon in der Bibel steht — zu wehren meine Aufgabe ist und worüber ich dereinst Rechenschaft abzugeben haben werde. Ich gedenke nach Kräften mit dem Pflande so zu wirtschaften, daß ich noch manches andere hoffentlich werde dazu legen können. Diejenigen, welche mir dabei behilflich sein wollen, sind mir von Herzen willkommen, wer sie auch seien; diejenigen jedoch, welche sich mir bei dieser Arbeit entgegenstellen, zerschmettere ich. Sollten ernste Zeiten uns bevorstehen, so bin ich der Treue meiner Brandenburger gewiß und hoffe, daß sie mir bei der Erfüllung meiner Pflichten treulich beistehen werden. Darauf bauend, trinke ich unter dem Wählbruch: Die gut Brandenburg allewege! auf das Wohl meiner Brandenburger und dieses theuren Landes.“

Nach diesen Worten, die mit stürmischer Begeisterung aufgenommen wurden, erhob der Kaiser sein Glas und trank mit dem alten Spruch: „Die alleweg guet Brandenburg!“ auf das Wohl der Mark. Braufende Hochrufe durchhallten den weiten Raum minutenlang. Nachdem die Gesellschaft bis 8<sup>1/2</sup> Uhr am Tische versammelt geblieben und noch Kaffee und Cigarren herumgereicht waren, erhob sich der Kaiser, verabschiedete sich auf's huldvollsten von den Anwesenden und begab sich in's Schloß zurück. Während der Tafel trank der Kaiser wiederholt einzelnen Theilnehmern des Festessens zu.

## Ein neues Weißbuch über Ostafrika.

Dem Reichskanzler sind zwei neue Berichte des Majors Wischmann aus Sansibar zugegangen, die vom „Reichsanzeiger“ veröffentlicht werden. Der erste, vom 20. Januar datirte Bericht gibt eine eingehende Schilderung des Kampfes gegen Swana Heri am 4. Januar; besonders bemerkenswerth in Bezug auf die Wirkung dieses Gefechtes sind folgende Schlüsselfätze des Berichts:

Der beschriebene Kampf ist der erbitterteste, den ich während der Zeit meines Wirkens hier geführt habe. Es erklärt sich dies aus folgenden Gründen: Bei der ersten kriegerischen Expedition, die ich durch Süd-Uganda gehen ließ, war die beschriebene Ve-

festigung Membre nicht gefunden worden. Swana Heri hatte dagegen wahrscheinlich geglaubt, daß sie uns zu stark gewesen sei, um sie anzugreifen. Der Glaube an die Unnehmbarkeit hatte sich gesteigert durch den Ew. Durchlaucht bereits gemeldeten abgeschlagenen Angriff meiner Truppe am 27. Dezember. Vor acht Jahren hatte Swana Heri die Truppe des Sultans Said Bargasch geschlagen. Swana Heri ist niemals besiegt worden, er erkannte die Oberhoheit des Sultans von Sansibar an, soweit es ihm paßte, und erhielt jährlich Geschenke vom Sultan. Er hat sich nie Wafi, sondern stets Sultan von Uteghuba genannt und hat, was besonders merkwürdig ist, während der Zeit des Aufstandes begonnen, eine Art religiöses Band um seine Anhänger zu schließen. Aus diesen Gründen hat er auch wohl meine viermal wiederholte Aufforderung, mit mir in friedliche Verhandlungen zu treten, zurückgewiesen. Daß er Saadani nicht halten konnte, begründete er durch das große Uebergewicht der Schiffsgeschütze, wie überhaupt an der ganzen Küste die Ansicht herrschte, daß wir wohl unter den Geschützen der Marine oder mit weißen Soldaten ihnen überlegen seien, aber nicht im Land, bis ich durch die Reise nach Mpwapwa und mehrere Gefechte im Innern ihnen diese Hoffnung nahm. Jetzt ist der Glaube an die Unbesiegbarkeit Swana Heri's gründlich zerstört. Man hielt überall Membre für unangreifbar und kannte die große und besonders wohl bewaffnete Macht Swana Heri's. Ein Zeichen dafür, wie ergeben die Süd-Uteghuba ihrem Fürsten waren oder wie sie ihn bisher fürchteten, ist der Umstand, daß es so lange Zeit gelang, uns über den Verbleib und die Maßnahmen Swana Heri's zu täuschen. Wir erfuhren stets, er treibe sich flüchtig im Lande umher, während er mit großem Fleiß und Geschick seine Befestigung verstärkte. Außer der Besetzung von Saadani lasse ich die Schlupfwinkel für Dhaus an der Küste durch stationierte Fahrzeuge beobachten. Die Munition wird Swana Heri ziemlich ausgegangen sein.

In dem zweiten, vom 28. Januar datirten Berichte meldet der Reichskommissar, daß er mit dem Direktor der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft, Bohlen, und dem Generalvertreter, v. St. Paul-Jilaire, alle Küstenstationen besucht habe, um die geplanten wirtschaftlichen Unternehmungen der Gesellschaft vorzubereiten, und bei dieser Gelegenheit gleichzeitig Anordnungen zur Ueberwachung des Waffenhandels gegeben habe. Er berichtet:

Die Gesellschaft beabsichtigt, in allen bedeutenderen Küstenstationen Faktoreien zu errichten, an die größeren Sklavenbesitzer und Häuptlinge der Umgegend Samen für Desfrüchte zu verteilen und für einen von beiden Theilen festgestellten Preis die Ernten einzukaufen. Es werden für eine entsprechende Ablieferung der Ernte den Häuptlingen Prämien bezahlt und bei der auf Mitte Februar zur Feststellung der Preise anberaumten Versammlung Geschenke verteilt. Ich habe der Gesellschaft passende Baupläne für Faktoreien angewiesen und habe zu Mitte Februar die Häuptlinge der Umgegend nach den Stationen berufen. Was die Ueberwachung der Waffen anbetrifft, so habe ich Anordnungen erlassen (die dann im einzelnen aufgezählt werden). Da ich die in's Innere gehenden Karawanen selbst mit Waffen und Munition versorge, so bin ich in der Lage, die Preise für beide so hoch als möglich zu stellen, und verkaufe nur das mir im Verhältnis zum Range der Reise notwendige Geschieße. Ich habe mich mit dem englischen Generalkonsul über alle diese Punkte ausgesprochen, damit die Englisch-Ostafrikanische Gesellschaft analog handelt, und ist es sein wohlberechtigter Wunsch, daß auch in Witu gleiche Maßnahmen getroffen werden. Der englische Generalkonsul ist stets bereit, mich bei den verschiedenen Maßnahmen gegen Waffenhandel, Sklavensammler und den schädlichen Einfluß der Araber überhaupt zu unterstützen. Auf meiner Inspektionsreise fand ich in Tanga alles in bester Ordnung. In Pangani stellte ich die Expedition nach Usambara unter dem Kommando des Chefs Dr. Schmidt zusammen. Dieselbe wird Herr Ehlers mit den Geschenken Seiner Majestät des Kaisers bis zu Simbada begleiten. Die Einwohner von Ripunwe haben von den ihnen auferlegten 1000 Rupien Strafzahlung für Ausplündern einer Duan bereits 600 Rupien entrichtet und erhalten auf Ansuchen einen Militärposten und damit die Erlaubniß des Anlegens von Fahrzeugen. In Mtwadja und Saadani war von Patrouillen festgestellt, daß sich Swana Heri weiter in's Innere gezogen habe. Es liefen die Meldungen ein, daß Swana Heri's Sohn Abdallah schwer verwundet und daß Jehasi, der unermüdliche, man könnte fast sagen Generalstabsarzt, früher Bushiri's, jetzt Swana Heri's, wohnsinnig und in Ketten gelegt sei. Swana Heri's Verluste bei Membre sollen schwere sein. Von Bagamoyo aus sandte ich Chef Fröben v. Gravenreuth mit einer Kompanie nach Nordwesten, um über den Aufenthalt und die Maßnahmen Swana Heri's Aufklärung zu erhalten und, eventuell durch Eingeborene verstärkt, ihn abermals anzugreifen, wenn möglich aufzuheben. Swana Heri hat seit dem Gefechte bei Membre viel Anhang verloren und wird es keine Schwierigkeiten haben, 500 und mehr Eingeborene gegen ihn aufzubieten. Der Kommandant des Postens in Weni hat den Chef einer Räuberbande, die, unsern Schutzbrief mißbrauchend, Wabarabodder ausgeplündert hatte, ergriffen und standrechtlich mit dem Tode bestraft. In Dar-es-Salaam traf die Nachricht ein, daß die Eingeborenen am Rufiji sechs an der Küste Sklaven jagende Araber aus Kilwa erschlagen haben.

#### Deutschland.

\* Berlin, 6. März. Heute Vormittag hörte Seine Majestät der Kaiser von 10 Uhr ab den Vortrag des Kriegsministers General v. Verdy du Vernois, arbeitete um 11<sup>1/2</sup> Uhr mit dem Chef des Militärkabinetts, Generalleutnant v. Hahnke, empfing hierauf den Staatssekretär des Staatsrathes, Dr. Hoffe, und Nachmittags um 1 Uhr den Präsidenten der Generalintendantur der Großherzoglich badischen Civilliste, Geheimrath v. Regenauer.

Seine Majestät der Kaiser von Rußland vollendet am nächsten Montag sein 45. Lebensjahr. Aus diesem Anlasse wird am Montag Vormittag ein Festgottesdienst in der hiesigen russischen Kapelle und Nachmittags ein größeres Festmahl im königlichen Schlosse stattfinden. Auch das Kaiser-Alexanderregiment wird den Geburtstag seines Chefs durch eine Festlichkeit am Abend feiern, welcher, wie verlautet, Seine Majestät der Kaiser beizuwohnen gedenkt.

Nach einer Aufstellung der „Nordd. Allg. Ztg.“ wird sich der Reichstag, nach der Stärke der Parteien geordnet, folgendermaßen zusammensetzen: Centrum 108, Konservative 71, Deutschfreisinnige 69, Nationalliberale 42, Sozialdemokraten 35, Reichspartei 19, Polen 16,

Welsen 11, Volkspartei 10, Esfasser 10, Antisemiten 4, Däne 1, Wild (Fr. Carolath) 1.

Die „Post“ schreibt: „Dem Reichstage wird voraussichtlich eine Vorlage betreffend Organisation und Stärke der Feldartillerie zugehen. Daß hier eine endliche endgültige Regelung ein dringendes Bedürfnis ist, wurde von der Presse aller Parteigattungen, welche auf dem Boden unserer gegenwärtigen Heeresverfassung stehen, längst anerkannt. Zudem ist, wie wir wiederholt betont haben, bei den Veränderungen in der Armeeorganisation die Ausstattung mit Feldartillerie Ursache einer ganz ungleichmäßigen Gliederung dieser Waffe geworden, worin nur ein vorübergehender Zustand erblickt werden kann. Sonstige Vorlagen werden vielleicht einen Anflug an die Heeresreformen zeigen, welche zur Zeit bei Nachbarstaaten in der Vollziehung begriffen sind. Endlich glauben wir in der Annahme nicht fehlzugehen, daß Vorlagen eingehen werden, welche sich an einen Vorgang im preussischen Staatshaushalt anschließen.“

Der deutsche Generalkonsul in Antwerpen, Dr. Arendt, der seit längerer Zeit an einem Nierenleiden schwer erkrankt war, ist heute gestorben. Er galt als einer der tüchtigsten deutschen Konsuln und wurde wiederholt zur Lösung schwieriger Aufgaben berufen. Bis zum Jahre 1885 war er Konsul in Galatz und Vorsitzender der Europäischen Donaukommission dafelbst, dann war er einige Jahre, insbesondere während der Blockade, Generalkonsul in Sansibar und seitdem war er der erste berufsmäßige deutsche Generalkonsul in Antwerpen. Wiederholt war er ins Auswärtige Amt zur Hilfeleistung einberufen worden, so noch zuletzt aus Anlaß der Samoa-Konferenz. Bei der jetzigen Antislavereikonferenz zu Brüssel war er bis zu seiner Erkrankung der zweite Bevollmächtigte und erst vor einigen Tagen ist er dort durch den Generalkonsul Dr. Göhring ersetzt worden. Er ist nur 45 Jahre alt geworden.

Bezüglich des preussischen Nachtragsetats über Aufbesserung der Beamtengehälter sind, wie der „Nat.-Ztg.“ berichtet wird, die kommissarischen Verhandlungen beendet. Dieselben haben zur Feststellung der grundlegenden Bestimmungen geführt, so daß die nun erübrigende Vorarbeit bald erledigt werden kann. Es sind frühere Vorschläge für die Gehaltsverbesserung der Beamten bei den jetzigen Erörterungen nicht unbenutzt geblieben. Auch für das System der Aufbesserung der Gehälter der Reichsbeamten werden die jetzt gepflogenen preussischen Verhandlungen, beziehungsweise die bevorstehenden des Landtages maßgebend sein. Im Reichsschatzamt ist man mit Vorbereitung der betreffenden Maßregeln beschäftigt.

Barmen, 6. März. Bis heute hat sich der Streik der Riemendreher bereits auf 26 Fabriken ausgedehnt, über 1800 Arbeiter feiern. Ein weiteres Umsichgreifen des Streiks wird befürchtet, da beide Theile fest entschlossen sind, an ihren Beschlüssen festzuhalten.

#### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 6. März. Im Abgeordnetenhaus erklärte der Handelsminister Marquis Vacqueman in Beantwortung der Interpellation wegen der Theilnahme Oesterreichs an der Berliner Konferenz: Die österreichische Regierung habe auf die betreffende Berliner Anfrage mit dem Ausdruck ihrer Bereitwilligkeit zur Theilnahme und zum Eintritt in die Verhandlung der für die Konferenz aufgestellten Fragen geantwortet. Er bestätigte, daß die Schweizer Bundesregierung erklärt hat, von der beabsichtigten Berner Konferenz, zu welcher Oesterreich gleichfalls bereit gewesen war, vorläufig Umgang zu nehmen.

#### Italien.

Rom, 6. März. Seine königliche Hoheit der Großherzog von Hessen ist mit seiner Tochter, der Prinzessin Heinrich von Preußen, hier eingetroffen. — König Humbert von Italien hatte dem in Frankfurt a. M. liegenden 13. Infanterieregiment (1. Hess.), dessen Inhaber er ist, anlässlich seines Besuchs in Frankfurt sein lebensgroßes Bildniß zum Geschenk gemacht. Infolge dessen ist der Kommandeur des Regiments, Oberstleutnant v. Biffing, hier eingetroffen, um dem Könige zu seinem Geburtstage die Glückwünsche seines Regiments darzubringen und ihm ein Bild der von dem Könige hier am 27. Mai 1889 abgenommenen Parade zu überreichen. — In der Deputirtenkammer beantwortete Crispi die Interpellation Imbriani's betreffend die afrikanische Politik der Regierung. Crispi erklärte, die Politik der Regierung werde, wenn die Leidenschaft der politischen Parteien sich gelegt haben werde, als ruhmreich für das Land beurtheilt werden. Das Hauptziel der italienischen Politik sei gewesen, Kolonien zu gründen und den Handel zu heben. Weder die Okkupation des Landes von Mareb bis Keren, noch die Weiterentwicklung der italienischen Aktion würden jemals die Eifersucht Englands erregen. Die Regierung befinde sich in vollem Einverständnis mit England. Es sei seltsam, daß man jetzt, wo die Italiener nahe daran wären, die Früchte einer glücklichen Politik zu ernten, Beschwerden und Klagen erhebe. Redner erwarte ein neues Vertrauensvotum. Die Kammer nahm schließlich den Antrag Garibaldi's und Genossen an: „Die Kammer billigt die Richtung und einsichtsvolle Leitung der afrikanischen Politik und geht zur Tagesordnung über.“

#### Frankreich.

Paris, 6. März. Die heutige Sitzung der Kammer begann mit der Interpellation des Boulangisten Laur, welcher der Regierung einen Vorwurf darans machte, daß sie die Einladung zur Berliner Konferenz angenommen habe. Der Sozialist Antide Boyer forderte die Regierung auf, zur Berliner Konferenz Arbeiter zu entsenden. Der Minister des Auswärtigen, Spuller, ver-

las zunächst die an den Botschafter Herbeite gerichtete Note, welche ausfragt: die Fragen der gewerblichen Produktion und der Lebensverhältnisse der Arbeiter hätten in der Fürsorge der Regierung stets einen breiten Raum eingenommen. Frankreich konnte weniger als irgend eine andere Nation den rings um die Republik gemachten Versuchen für die Verbesserung des Looses der arbeitenden Klassen gegenüber gleichgiltig bleiben. Frankreich folgte nur seinen alten Traditionen, als es die Einladung der Schweiz im Jahre 1889 annahm, und die Initiative Deutschlands hatte im voraus die Gewißheit, uns nicht gleichgiltig zu finden. Unsere Zusage an die Schweiz habe jedoch keine sofortige Antwort gestattet; seitdem habe die Schweiz mitgetheilt, daß sie von der nach Bern berufenen Konferenz Abstand nehme, und die französische Regierung könne nunmehr Deutschland das Ergebnis der Prüfung seines Vorschlages mittheilen. Die Note erinnert des weiteren daran, daß die Zustimmung zur Berner Konferenz durch die Vorsicht der Schweiz erleichtert war, dieser Konferenz den Charakter einer ausschließlich technisch und theoretischen Verhandlung zu wahren; sie sollte eine einfache internationale Enquete sein, deren Konklusionen keine positive Sanction erforderten. Ihr Programm vermied die Frage der Beschränkung der jugendlichen Arbeiter, andererseits verpflichteten die zu fassenden Beschlüsse die Regierungen nicht, welchen dieselben in Form einfacher Vorschläge mitgetheilt werden sollten. Die praktischen Vorschläge einer solchen Methode würden dem Berliner Kabinett so wenig als dem Pariser entgegen sein. Niemand könne sich über die Schwierigkeiten täuschen, welche die Regelung und selbst die einfache Prüfung so umfangreicher und delikatere Fragen auf einer internationalen Konferenz sowohl in der Verschiedenheit der Gesetzgebung, der Arbeitsbedingungen und des sozialen Lebens wie in dem unvermeidlichen Konflikt der Interessen begegnen muß, welchen zu beraten die Aufgabe sein würde. Auf keinen Fall könne eine Beschränkung des Arbeitstages in Frage kommen, welche wenigstens für die jugendlichen Arbeiter eng verknüpft ist einerseits mit den Prinzipien, auf welchen die politische Gesetzgebung der verschiedenen Staaten beruht, und andererseits mit den allgemeinen Bedingungen der gewerblichen Produktion, welche als ausschließlich der inneren staatlichen Ordnung angehörig betrachtet werden muß und daher nicht zwecklosweise (inutilement) der diplomatischen Diskussion unterzogen werden sollte. Es erscheint dem Minister unabwieslich und im Interesse des Wertes selbst, diesen Punkt schon jetzt festzustellen, um jedem etwaigen Mißverständnis für die Zukunft vorzubeugen. Im Uebrigen ist die französische Regierung mit diesem Vorbehalt vollständig geneigt, im Prinzip der projektirten Konferenz in Berlin zuzustimmen. Sie behält sich natürlich ihre letzten Entscheidungen vor, ebenso wie die Linie des Verhaltens ihrer Vertreter, bis die Aufklärungen, welche durch die Mittheilungen des Grafen Münster in Aussicht gestellt sind, sie über die endgiltigen Absichten der kaiserlichen Regierung selbst hinsichtlich des Programms, des Charakters und des Mandats dieser beabsichtigten Konferenz aufgeklärt haben werden. Nach Verlesung dieser Note sagte Spuller hinsichtlich der Wahl der nach Berlin zu sendenden Delegirten, es seien dazu Männer erforderlich, welche in den Arbeiterfragen bewandert seien und den fast zahllosen Fragen, welche dieses schwierige Problem aufwerfe, näher ständen. Man brauche Männer, welche nach Berlin die gerechte Sorge für die Freiheit der Arbeit und das Wohlergehen der Arbeiter brächten, man dürfe den Rahmen der Konferenz nicht zu sehr erweitern. Das wieder stolz und stark gewordene Frankreich werde in Berlin gehört werden, denn seine Stimme sei die der Vernunft, der Humanität und des Fortschritts.“ Spuller's Rede wurde sehr beifällig aufgenommen. Nach Spuller sprach der Boulangist Millevoye von Esch-Bothringen. Als schließlich Millevoye fragte, ob der Minister eine Interpellation über die allgemeine Politik der Regierung annehmen würde, rief dies mehrfache Proteste hervor. Cassagnac sagte, die Regierung könne über ihre auswärtige Politik nicht zur Rede gestellt werden, gewisse Fragen dürften nicht aufs äußerste erörtert werden. Gegenüber der äußeren Politik existire weder eine Majorität noch eine Minorität. Die von Minister Spuller geforderte einfache Tagesordnung wurde mit 480 gegen 4 Stimmen angenommen.

#### Spanien.

Madrid, 7. März. (Tel.) Die Börsenbehörden zeigen an, daß gefälschte Obligationen der Auswärtigen Schuld (Serie C) entdeckt worden sind. Die gefälschten Obligationen sind durch das Fehlen eines Theiles der Wassermarken, durch dickeres Papier und kleine Verschiedenheiten in der Schrift erkennbar.

#### Serbien.

Belgrad, 6. März. Die hiesigen Blätter feiern den Jahrestag der Proklamation des Königreichs. Der offiziöse „Djel“ sagt, dieser Tag bezeichne den Moment der Rückkehr Serbiens auf den Weg seiner traditionellen nationalen Politik.

#### Griechenland.

Athen, 7. März. (Tel.) Die außerordentliche Session der Deputirtenkammer wurde heute durch Verlesung eines königlichen Erlasses eröffnet.

#### Badischer Landtag.

§ Karlsruhe, 7. März. 8. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer unter dem Vorsitz des Präsidenten Geheimrath Serger. Am Regierungssitz Staatsminister Dr. Turban, Ministerialrath Dr. Schenkel und Begrath Honfell.

Der Präsident eröffnet die Sitzung und theilt mit, daß ein Urlaubsgesuch des Fhrn. v. Hornstein eingelaufen sei, der aus Gesundheitsrücksichten um einen zweiwöchentlichen Urlaub nachsucht. Ferner seien die Herren Fhr. Franz v. Bodman, Kirchenrath Dr. Hausrath und Kaufmann Noppel durch Unwohlsein, Geheimrath Dr. Grashof durch dienstliche Abwesenheit verhindert, der heutigen Sitzung beizuwohnen. Dem Urlaubsgesuch des Fhrn. v. Hornstein wird stattgegeben.

An neuen Einläufen sind seit der letzten Sitzung eingekommen und werden durch den Präsidenten bekannt gegeben die Mittheilungen des Präsidiums der Hohen Zweiten Kammer über die Beschlüsse dieses Hauses zu den Gesekentwürfen 1. das Recht zur Ausübung der Fischerei betr., 2. die Vorzugs- und Unterpandrechte betr., 3. einige Abänderungen und Ergänzungen des Polizeistrafgesetzbuchs betr.

Diese Mittheilungen werden an die Kommission für Justiz und Verwaltung verwiesen.

Das Sekretariat theilt mit, daß eine Petition des Gemeinderaths Furtwangen, betreffend den Bestand der Uhrmacher- und Schnitzerschule in Furtwangen, eingelaufen sei.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten und es gelangt zur Beratung der Bericht der Kommission für Justiz und Verwaltung über den Entwurf eines Berggesetzes. Die Generaldiskussion wird durch den Berichterstatter, Landgerichtspräsident Dr. v. Rotteck, eingeleitet und es beteiligen sich an derselben die Herren Staatsminister Dr. Turban und Fhr. v. Göler.

In der sich unmittelbar anschließenden Einzelberatung des Gesekentwurfs wird zu § 6 von dem Fhrn. v. Mackniz beantragt, den Mineral- und Thermalquellen solche Quellen gleichzustellen, welche benötigtes Gebrauchswasser liefern. Der Antrag wird jedoch, nachdem der Berichterstatter, Geheimrath Referendar Haas und Fhr. v. Göler zu diesem Gegenstand das Wort ergriffen hatten, vom Antragsteller zurückgezogen.

Die Abänderungsanträge der Kommission zu dem Entwurf werden von dem Berichterstatter begründet. Eine Diskussion knüpft sich nur an den Kommissionsantrag auf Strich der §§ 98, 99 und 112 des Entwurfs, wonach eine von den bürgerlichen Gerichten zu erhebende Klage der einzelnen Gewerke gegen Beschlüsse der Gewerkschaft zugelassen werden soll; an der Diskussion beteiligen sich der Berichterstatter, Ministerialrath Dr. Schenkel, Geheimrath Dr. v. Holtz und Geheimrath Referendar Haas, worauf der Kommissionsantrag auf Strich der §§ 98, 99 und 112 zur Annahme gelangt.

Der Gesekentwurf wird hierauf in namentlicher Abstimmung mit den von der Kommission beantragten Änderungen einstimmig angenommen. Nach einer kurzen Besprechung über den Zeitpunkt und die Tagesordnung der nächsten, auf Freitag den 14. d. Mts. in Aussicht genommenen Sitzung wird die Sitzung alsdann durch den Präsidenten um 12 1/2 Uhr geschlossen.

Ausführlicher Bericht folgt.

Karlsruhe, 7. März. 23. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitze des I. Vicepräsidenten Friderich.

Am Regierungstische: Ministerialdirektor Geheimrath Eisenlohr und Ministerialrath Buchenberger.

Der Vorsitzende theilt mit, daß der Abg. Frech wegen Unwohlseins um Urlaub nachgesucht und daß die Abgg. Reichert, Strauß und Marbe für die heutige Sitzung sich entschuldigt haben.

Neue Eingaben sind nicht eingelaufen.

Das Haus tritt alsbald in die Beratung des Berichts der Kommission über den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Versicherung der Rindviehbestände. (Berichterstatter Abg. Klein-Wertheim.)

Die Generaldiskussion wird eingeleitet durch den Vortrag des Berichterstatters, der namens der Kommission den Antrag begründet, das Hohe Haus wolle dem vorliegenden Gesekentwurf mit den von der Kommission vorgeschlagenen Änderungen die Zustimmung ertheilen.

Hierauf bringt der Vorsitzende einen Antrag zur Kenntniß des Hauses, der, von den Abgg. Gerber, v. Buol, Streicher, Grüninger, Köppler, Lohr und Weber-Offenburg unterzeichnet, dahin lautet:

„Hohe Kammer wolle den vorliegenden Gesekentwurf betreffend die Versicherung der Rindviehbestände ablehnen, dagegen die Groh. Regierung eruchen, einen Gesekentwurf vorzulegen, durch welchen im Anschluß an die bestehende Gesetzgebung in Betreff der Unterdrückung von Viehsuchen und der Entschädigung für die auf polizeiliche Anordnung getödteten Thiere für alles gefallene oder geschlachtete Rindvieh, dessen Fleisch für ungenießbar erklärt ist, nach Maßgabe dieser Gesetzgebung Entschädigung geleistet wird.“

Zur Begründung des Antrags erhält der Abg. Gerber das Wort. An der weiteren Diskussion beteiligen sich Geheimrath Eisenlohr, Ministerialrath Buchenberger und die Abgg. Frank, Nopp, Gsell, Dreher, Streicher, Kirchenbauer, Herbst, Köppler, Straub, Häss, Hauf, Gexler, Lohr, Geldriede, Wittmer, Klein (Weinheim), Pfeifferle, v. Stoeffer. Der Abg. v. Buol verzichtet auf das Wort.

Nach Schluß der Generaldiskussion erhält der Berichterstatter das Schlußwort, die Abgg. Gerber und Straub sowie der Berichterstatter außerdem das Wort zu persönlichen Bemerkungen.

Hierauf bringt der Vorsitzende den Antrag des Abg. Gerber und Gen. zur Abstimmung. Der Antrag wird, nachdem der Abg. v. Buol noch zur Geschäftsordnung gesprochen, mit allen gegen acht Stimmen abgelehnt.

Daraufhin wird die Beratung abgebrochen und die

Sitzung nach Feststellung der nächsten Tagesordnung (Samstag den 8. März, 9 Uhr, Fortsetzung der heutigen Beratung) um 1 1/2 Uhr geschlossen.

\* Karlsruhe, 7. März. 24. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 8. März, Vormittags 9 Uhr: 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Fortsetzung der Beratung des Berichts der Kommission für den Gesekentwurf die Versicherung der Rindviehbestände betreffend. Berichterstatter: Abg. Klein-Wertheim.

### Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 7. März.

Heute Vormittag nahm Seine Königliche Hoheit der Großherzog mehrere Vorträge entgegen und ertheilte verschiedenen Personen Audienz.

Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin begaben sich um 11 Uhr 40 Min zum Hauptbahnhof, um daselbst Ihre Majestät die Königin von Sachsen zu begrüßen, Allerhöchstwelche auf der Reise nach Nervi sich kurze Zeit hier aufhalten hat. Um halb 3 Uhr traten Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin die Reise nach Berlin an. Höchstselben sind begleitet von der Hofdame Freiin von Schönau, dem Hofmarschall Grafen Andlaw, dem Flügeladjutanten Major Müller, dem Legationssekretär Freiherrn von Babo und dem Legationssekretär von Gehlins. Voraussichtlich wird die Abwesenheit Ihrer Königlichen Hoheiten von hier etwa 14 Tage in Anspruch nehmen.

Ueber die Beteiligung der größeren Städte des Landes am Aufbringen der Liegenschaftsaccise sind neuerlich Ermittlungen veranlaßt worden, welche folgendes ergeben haben:

Der Gesamttertrag der Liegenschaftsaccise im ganzen Lande betrug

im Jahre 1884	1885	1886	1887	1888
1 651 032	1 779 643	2 220 771	2 464 694	2 521 016

Die 20 größeren Städte des Landes mit mehr als 4 000 und einer Gesamtzahl von 338 068 Seelen oder 21,1 Proz. der Bevölkerung des Großherzogthums brachten zusammen an Liegenschaftsaccise auf

im Jahre 1884	1885	1886	1887	1888
708 348,53 oder 43 des Gesamttertrags	845 352,02	962 972,20	1 435 290,94	1 411 857,42

Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet betrug im ganzen Lande die Steuerleistung an Liegenschaftsaccise

im Jahre 1884	1885	1886	1887	1888
1,03 M.	1,11	1,39	1,54	1,57

Diesen Zahlen gegenüber ergibt sich in den größeren der oben erwähnten Städte ein bedeutend höheres Kopfverhältniß: im Jahre 1888, welches den höchsten Gesamttertrag aufweist, entfielen auf den Kopf der Einwohnerzahl an Liegenschaftsaccise:

in Mannheim	Karlsruhe	Freiburg	Vorzeheim	Heidelberg	Konstanz	Baden	Bruchsal	Lahr	Offenburg	Durlach	Wittrach	Ettlingen
6,07 Mark	5,64	5,68	3,97	3,55	2,45	4,59	1,80	1,78	3,68	2,60	2,63	2,17

In Nassau, Weimheim, Bilingen, Schwellingen, Eberbach, Bretten und Wertheim bleibt die Steuerleistung an Liegenschaftsaccise per Kopf der Bevölkerung unter der für das ganze Land ermittelten Zahl.

4. Heidelberg, 6. März. (Chemische Gesellschaft. — Schlepsschiffahrt. — Schneefall.) Gestern hat sich hierseits eine Chemische Gesellschaft gegründet, deren Vorstand die Herren Geh. Rath Bopp als erster, Geh. Rath v. Meyer als zweiter Vorsitzender, Prof. Fortmann als erster, Prof. Gattermann als zweiter Schriftführer, Dr. Walpius als Kassenvorstand bilden. Der Geh. Rath Bunsen, Excellenz, hat die Ehrenmitgliedschaft der Gesellschaft angenommen. Die letztere wird ihre Sitzungen am dritten Freitag in jedem Monat abhalten. — Letzte Sonntag fuhr der Schlepsschiffahrt Nr. 3 in der Nähe des Jubiläumspalastes auf eine Steinplatte, die durch die Kette aufrecht gestellt worden war. Der Dampftrug ein großes Rad davon, so daß er mit Mühe an's Ufer gebracht werden konnte, wo er auf den Grund sank. Heute ist er wieder flott geworden und nach Neckarstamm zur Reparatur gedampft; die Schlepsschiffahrt, welche in Folge des Unfalls stockte, ist wieder im Gange, wenn auch durch das Treibeis, welches der Neckar gegenwärtig führt, erheblich gehindert. — Auch hier haben wir großen Schneefall gehabt, doch ist heute Nachmittag Thauwetter eingetreten und der Schnee schon wieder im Verschwinden begriffen.

### Neuere Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)  
Reife, 7. März. Der frühere Minister Friedenthal ist in Giesmannsdorf gestorben. Rudolf Friedenthal war am 15. September 1827 in Breslau geboren, 1857 trat 1863 Landrath des schlesischen Kreises Grottkau, trat 1867 in den Reichstag und preussischen Landtag und wurde Führer der freiconservativen Partei. In der Zeit vom September 1874 bis Juli 1879 leitete er das preussische Ministerium der Landwirtschaft und gehörte seitdem dem Herrenhause an.)

München, 7. März. Im Abgeordnetenhaus fand die Beratung des Postetats statt. Gegenüber dem Abg.

Orterer (Centrumsführer) erklärte der Minister Fhr. v. Crailsheim, die ihm in der Presse zugeschriebenen Aeußerungen bezüglich des bayrischen Post-Reservatrechtes niemals, auch nur dem Sinn nach, gethan zu haben. Er sei der Letzte, welcher die Aufhebung eines Reservatrechtes empfehlen würde. Durch die Einführung einer einheitlichen Reichspostmarke würde aber das Reservatrecht gefährdet werden. Auf weitere Anfragen erwiderte der Minister, die Reichspost lehne es entschieden ab, eine Zwischenstufe für das Druckachporto und eine Erhöhung des Gewichts für einfache Briefe einzutreten zu lassen.

Wien, 7. März. Das „Telegraphen-Korrespondenzbureau“ läßt seiner Mittagsdepesche aus Pest von der Demission Tisza's und der Erhebung desselben durch Szapary eine zweite Depesche vom Nachmittage folgen, welche dahin lautet, gegenüber den bisherigen Meldungen werde bestimmt versichert, daß die Demission Tisza's nicht angenommen und weitere Entschlüsse einer definitiven Entscheidung der schwebenden Frage (das soll wohl heißen der Frage des Incolatgesetzes) vorbehalten seien. (Den Widerspruch zwischen dieser Meldung und der vorhergehenden aufzuklären muß späteren Mittheilungen vorbehalten bleiben.)

Pest, 7. März. Die Demission Tisza's ist angenommen und Szapary zu seinem Nachfolger ernannt. In das neue Kabinett treten alle bisherigen Mitglieder ein. Tisza tritt an die Spitze der liberalen Partei. (Ueber die Gründe dieses Personenwechsels findet der Leser einige Bemerkungen an der Spitze des nichtamtlichen Theils. Der bisherige Ackerbauminister Graf Julius Szapary gehörte dem Kabinett Tisza erst seit vorigem Jahre wieder an, er trat damals — Anfang April 1889 — an die Stelle des Ministers Grafen Szeghenyi, war aber schon vorher Finanzminister unter Tisza gewesen, ein Amt, das er Ende 1887 niedergelegt hatte. Tisza wird auch als Führer der liberalen Partei fortfahren, einen hervorragenden Einfluß auf die Angelegenheiten des Landes zu üben.)

Paris, 7. März. Privatnachrichten zufolge sind die in Byddah überfallenen sechs Europäer Agenten von Marceller Handelshäusern. Der hier tagende Kolonialkongress fordert die Annullierung Dahomeys. (Die Gefangennahme der französischen Kaufleute hängt mit den weiter oben erwähnten Feindseligkeiten des Königs von Dahomey gegen die Franzosen zusammen. Die sechs Europäer waren trotz der Warnung des französischen Gouverneurs Bayol in der Stadt Byddah zurückgeblieben, wo sie sich in Sicherheit glaubten, sie wurden aber durch Verrath den Truppen von Dahomey überliefert und in Gefangenschaft abgeführt.)

Paris, 7. März. Der Präsident der Republik hat das Urtheil gegen den General Hubert-Caster bestätigt. (Der vom Kriegsminister berufene „Untersuchungsrath“ hatte unter dem Vorsitze des Generals Galliffet über den Fall des Generals Hubert-Caster sein Urtheil gefällt und die Frage: „Ist der General Hubert-Caster wegen eines Vergehens gegen die Disziplin zu reformiren?“ einstimmig bejaht.)

### Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register.  
Geburten. 1. März. Willi Oskar, S.: Eduard Seig, Tagelöhner. — 2. März. Karl Friedrich, S.: Gustav Großmann, Eisengießer. — 3. März. Friedrich Wilhelm, S.: Albert Haumeier, Kaufmann. — 4. März. Helene Henriette, S.: Albert Mähle, Kaufmann. — Stefanie Sofie Ceczelia, S.: Anton Morz, Bahnarbeiter. — Karl Philipp, S.: Otto Holmann, Hofmeister. — 5. März. Eduard Friedrich Wilhelm, S.: Eduard Bed, Kaufmann. — 6. März. Karolina Sofia, S.: Karl Holweg, Maurer. — Klara, S.: Julius Stork, Milchhändler.

Chaufgebort. 7. März. Karl Hollenweger von hier, Bäckermeister hier, mit Luise Blum von hier.  
Todesfälle. 6. März. Andreas Konrad, Chemann, Chirurg, 35 J. — 6. März. August, 6 J. S.: † Aug. Keller, Bäcker. — Wilhelmine, 11 J. S.: August Gexler, Leichenträger. — Frieda, 15 J. S.: † Georg Lieb, Sattler. — 7. März. Barbara, Ehefrau von Geometer Gustav Hall, 60 J. — Johanna Müller, ledig, Böglerin, 22 J.

### Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

März	Barom. in m.	Therm. in C.	Wind.	Relative Feuchtigk. in %.	Wind.	Witterung.
6. Nachts 9 U.	745,5	+ 3,2	5,2	90	SW	bedeckt
7. Morgs. 7 U.	746,8	+ 4,2	5,8	93	SW	bedeckt
7. Mitts. 2 U.	745,0	+ 8,4	5,6	67	SW	bedeckt

1) Regen. 2) Regen = 3,8 mm der letzten 24 Stunden.

Wasserstand des Rheins. Mainz, 7. März, Morgs. 2,77 m, gestiegen 2 cm.

Ueberblick der Witterung vom 7. März 1890, 8 Uhr Morgens. Ein tiefes Minimum liegt vor der norwegischen Küste, hoher Druck über Westeuropa, dementsprechend wehen auf dem Festland südwestliche Winde, welche noch weitere Erwärmung gebracht haben, so daß allenthalben Thauwetter herrscht. In Deutschland fällt vielfach Regen, an der Ostseeküste noch Schnee.

### Frankfurter telegraphische Kursberichte vom 7. März 1890.

Staatspapier.	Kurs.	Staatspapier.	Kurs.	Staatspapier.	Kurs.
4 1/2 Deutsche Reichsanleihe	106,90	Staatbahn	110 1/2	Deherr. Creditanleihe	171,50
4 1/2 Preuss. Konj. 106,50	106,50	Bayern	110 1/2	Staatbahn	85,70
4 1/2 Baden in R. 102,50	102,50	Württemberg	109,50	Lombarden	58,20
4 1/2 Oesterr. Goldrente	94,40	Preuss. Staatsbahn	118,80	Disconto-Kommand.	223,50
Silberrente	75,40	Bayern Staatsbahn	171,70	Barrenburger	50,50
4 1/2 Ungar. Goldrente	97,80	Baden	153,00	Dortmunder	94,50
1860er Rente	68,40	Wendel und Corten	168,77	Bayern	149,40
II. Orientanleihe	92,80	Wendel a. Amberg	20,44	—	—
Italien. comptant	93,50	Paris	85,97	—	—
Spanier	78,50	Wien	171,25	—	—
1/2 Serben	84,30	Napoleonsthor	16,21	—	—
—	88,40	Brabant	87,00	—	—
—	267 1/2	Bayrische Anleihe	99,00	—	—
—	231,50	Italien. Anleihe	—	—	—
—	160,00	—	—	—	—
—	162,00	—	—	—	—
—	80,00	—	—	—	—

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Parber in Karlsruhe.

